

Kurz und Bündig

Informationen aus der Kreistagsfraktion

Jahrgang 9

Ausgabe 2

Juli 2025



Das war's für diese Mal

Die Wahlperiode liegt hinter uns, im September wird ein neuer Kreistag gewählt. Was in den verschiedenen Ausschusssitzungen noch einmal Gegenstand der Diskussionen war, erfahren Sie in dieser Ausgabe unseres gedruckten Newsletters. Insgesamt haben wir als Fraktion die Arbeit in dieser Wahlperiode als erfolgreich empfunden und wollen uns an dieser Stelle auch für die vielen Anregungen von Ihrer Seite bedanken.

Das beschlossene Wahlprogramm schreibt die Positionen fort, die die Kreistagsfraktion bisher konsequent eingenommen hat: Sparsamer Umgang mit Steuermitteln, Suche nach günstigsten Lösungen, nicht alles, was wünschenswert ist, muss auch gemacht werden. Die Unterstützung der Wirtschaft und die Durchsetzung des Prinzips von "Fördern und Fordern" und der Forderung nach Übernahme von mehr Eigenverantwortung.

Dennoch ist abschließend festzustellen, dass die Tendenz zur Umverteilung im

Kreistag zugenommen hat und zur Suche nach Lösungen, die die Verantwortlichkeiten in den Bereich der Allgemeinheit verlagert und die Eigenverantwortung immer stärker ausblendet. Hier gegenzusteuern wird eine der zentralen Aufgaben der neuen Wahlperiode sein.

Daneben ist es zumindest im letzten Jahr der Wahlperiode gelungen, eine neue Allianz mit den Parteien der bürgerlichen Mitte zu schmieden. Die Haushaltsgestaltung für 2025 lässt Hoffnung für 2026. In einigen vorgelagerten Gesprächen konnten wir mit

Inhalt:

Fachkommissionen und Beiräte	... 2
Im Hollicher Feld	... 2
Im Comenius-Kolleg	... 2
Jugendhilfeausschuss	... 2
Personal und Gleichstellung	... 2
Bauen - Wirtschaft - Verkehr	... 3
Schule- Kultur - Tourismus	... 3
Nachtrag: Aus dem Kreistag	... 3
Landwirtschaft - Forsten - Ernährung - Verbraucherschutz	... 4
Gesundheit/Bevölkerungsschutz	... 4
Umwelt - Klima - Energie - Natur	... 4
Arbeit-Soziales-Pflege-Integration	... 4

den Vertretern von CDU und UWG gute Ergebnisse erzielen. Hoffen wir, dass das so bleibt. Die programmatischen und personellen Weichen zur Kontinuität hat der Kreisparteitag zuletzt ja gestellt.

Im Recker Moor Fachkenntnis vertieft

Im Rahmen einer Exkursion in das Recker Moor hat sich die Fraktion ein eigenes Bild von der ökologischen Bedeutung und den laufenden Schutzmaßnahmen dieses einzigartigen Naturraums gemacht. Die Mitglieder informierten sich dabei umfassend über die Fortschritte bei der Wiedervernässung und die besonderen Herausforderungen beim Erhalt dieses sensiblen Lebensraums.

Die FDP ist sich natürlich der Bedeutung des Recker Moors in der Region bewusst. Schutz und Unterstützung der Maßnahmen zur Wiedervernässung genießen bei uns hohe Priorität. Das Recker Moor ist in diesem Zusammenhang ein Juwel der regiona-

len Naturlandschaft, dessen Erhalt nicht nur aus ökologischen Gründen, sondern auch für kommende Generationen von zentraler Bedeutung sei. Mit seinen 344 ha Fläche zählt das Fauna-Flora-Habitat-Gebiet zu den am besten erhaltenen Moores Nordrhein-Westfalens. Umfangreiche Wiedervernässungsmaßnahmen haben in den vergangenen Jahren die Grundlage für hochmoortypische Lebensräume geschaffen – ein Gewinn für zahlreiche Tier- und Pflanzenarten.

Geführt wurde die Exkursion von Hartmut Storch, dem fachlichen Leiter der Biologischen Station Kreis Steinfurt e.V. Ein besonderer Fokus lag auf der Bedeutung des

Moores für den Klimaschutz. In diesem Jahr mit seinen sehr warmen Temperaturen bereits früh im Jahr zeigt sich besonders die Notwendigkeit von Bindung von CO₂ zur Begrenzung des Temperaturanstiegs.

Neben der ökologischen Bedeutung ist das Moor auch für Besucher zugänglich. Zwei Aussichtstürme, Infotafeln, ein Wanderweg über einen Torfdamm und ein Parkplatz laden zum Erkunden ein – ein gelungenes Beispiel für die Verbindung von Naturschutz und Umweltbildung.

Die FDP-Kreistagsfraktion unterstreicht nach dem Besuch ihr klares Bekenntnis zum Schutz und zur Weiterentwicklung des Recker Moores.

FACHKOMMISSIONEN UND BEIRÄTE

INKLUSIONSBEIRAT

Die neue Geschäftsordnung ist fertig und steht den Bürgermeistern und in den Kommunen zur Verfügung. Jetzt werden die neuen Mitglieder gesucht, die einerseits die Gemeinden repräsentieren und andererseits ein möglichst breites Spektrum an Handicaps repräsentieren und in die Arbeit des neuen Beirats einfließen lassen sollen. Start ist im IV. Quartal 2025 nach der Konstituierung des neuen Kreistags. Der beruft die Mitglieder in einer seiner ersten Sitzungen.

FK STRATEGISCHE FINANZPLANUNG

Der Haushalt wird vom Landrat in der ersten Sitzung des Jahres 2026 eingebracht, die Beschlussfassung zum neuen Haushalt erfolgt dann in der März-Sitzung des Kreistages

ARBEITSMARKTPOLITISCHER BEIRAT

In der Sitzung des Arbeitsmarktpolitischen Beirates informierte das Jobcenter über aktuelle Entwicklungen beim Bürgergeld, steigende Fallzahlen und Erfolge bei der Arbeitsmarktintegration. Im Fokus standen außerdem die Weiterentwicklung der Begegnungsräume, inklusive Projekte wie „QIK“ zur Fachkräftegewinnung in der Kinderpflege sowie die Inklusionskampagne Münsterland mit positiven Rückmeldungen und breiter Partnerbeteiligung.

RECHNUNGSPRÜFUNGAUSSCHUSS

Der Ausschuss beriet Punkte zu Prüfungsergebnissen und Prüfungsbemerkungen, unterrichtete über einen Gesetzesvorgaben des Landes und bestellte einen neuen stellvertretenden Schriftführer. Außerdem wurde die Personalsituation im Ausschuss besprochen.

FK KREISPARTNERSCHAFTEN

Im Zusammenhang mit dem Jubiläum "50 Jahre Kreis Steinfurt" wurde über Einladungen an die Partnerkreise beraten. Weiterer Beratungsgegenstand war die Austauschförderungen im Rahmen des Erasmus-Programms, in diesem Fall im Bereich von Handwerk und nicht-akademischer Fort- und Weiterbildung sowie von Mitarbeitenden aus der Verwaltung

Im Windpark "Hollicher Feld"



Bei einem Besuch im Hollicher Feld informierte sich die Fraktion über den Stand der Windenergieprojekte und das bevorstehende Re-Powering älterer Anlagen nach dem Ende der zwanzigjährigen Förderung. Die Vorstände Friedhelm Denneemann und Stefan Völlmecke erläuterten die Entwicklung seit 2001: Insgesamt wurden 25 Windkraftanlagen errichtet, finanziert durch über 800 Bürger mit rund 48 Millionen Euro Beteiligung. Das bürgergetragene Modell gilt als Erfolgsbeispiel für regionale Energiewende und hat inzwischen bundesweite und internationale Strahlkraft erreicht. Mit dem Projekt „Neuwettstein“ betont die Gruppe ihre enge Verbindung zu den Gemeinden Neuenkirchen, Wettringen und Steinfurt. Geplant ist der Ersatz älterer durch leistungsstärkere Anlagen sowie die Erweiterung des Umspannwerks. Die Fraktion erhielt Einblicke in Technik und Betrieb und zeigte sich beeindruckt. Sprecher Kai Kunz lobte das Modell als zukunftsweisend, Fraktionsvorsitzender Hans-Jürgen Streich sicherte weitere politische Unterstützung zu.

Besuch im Comenius Kolleg



Die FDP-Kreistagsfraktion Steinfurt besuchte im Rahmen ihrer Reihe „FDP vor Ort“ das Comenius-Kolleg in Mettingen. Im Fokus standen die laufenden und geplanten Baumaßnahmen sowie der Austausch mit Schulleitung und Stiftungsrat. Besichtigt wurden das neue Wohnheim und das historische Konventgebäude. Das Investitionsvolumen der Bauprojekte übersteigt sieben Millionen Euro.

Ein zentrales Thema war der Denkmalschutz, insbesondere bei der geplanten energetischen Sanierung des Konventgebäudes. Hier führten Auflagen des Denkmalschutzes zu erhöhten Kosten und erschwerten den Bau mit modernen Standards, weshalb die FDP Verständnis für den Wunsch nach mehr Flexibilität und praktikableren Lösungen signalisierte.

Das international geprägte Kolleg wird von etwa 300 Studierenden aus 47 Nationen besucht. Die Fraktion würdigte das besondere pädagogische Profil und will die weitere Entwicklung aktiv begleiten und proaktiv unterstützen,

Ausschüsse aktuell

Jugendhilfeausschuss

Themenschwerpunkt Weiterentwicklung der Familienzentren: Die Zertifizierung des Kita-Verbundes „Ringelblume/Feldblume“ als neues Verbundfamilienzentrum verbessert das Angebot in bislang unversorgten Ortsteilen – auf Basis klarer Kriterien. Thema Kita-Finanzierung und Verlängerung des erhöhten Mietzuschusses bis 2026: Dies ist eine realistische Reaktion auf die angespannte Bau- und Zinslage. Gleichzeitig wurde eine kritische Bedarfsprüfung eingefordert – nicht jeder Bau ist angesichts stagnierender Kinderzahlen noch notwendig. Die von der Linken gefor-

derte unterjährige Personal- und Finanzaufstockung sowie Übernahme der Kitas in kommunale Trägerschaft wurde abgelehnt.

Die Erziehungsberatungsstellen werden künftig vollständig durch den Kreis finanziert. Die FDP fordert dabei auch eine Qualitätskontrolle und Effizienzverpflichtung einhergehen ein.

Mit dem Projekt „nebenan“ an der Janusz-Korczak-Schule wird ein gezieltes Angebot für besonders belastete Kinder verlängert. Der Haushalt 2025 liegt 5 Mio. Euro unter Plan.

Personal und Gleichstellung

Schwerpunkte im PUGA: HSPV-Projekt „Frauen in Führungspositionen“: Zehn Studentinnen der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung (HSPV) präsentieren ihre Ergebnisse zur Frage, warum Frauen in Führungsrollen unterrepräsentiert sind. Beteiligte Behörden sind u.a. der Kreis Steinfurt und die Städte Rheine und Steinfurt.

Landschaftsplanung: 0,5 Stellen für das Fließgewässerprogramm (FEP): CDU und Grüne beantragen eine halbe Stelle zur Beschleunigung der Landschaftsplanung mit Fokus auf die Umsetzung des Fließgewässerentwicklungsprogramms. Die Verwaltung schlägt alternativ eine interne Umschichtung vorhandener Kapazitäten vor. Die Fraktion sieht das genauso wie die Verwaltung.

Stellenplan 2025 – Die jahreszeitlich üblichen Hebungen und Senkungen sollen im Rahmen des Haushalts 2026 berücksichtigt werden.

Personelle Veränderungen und neue Projekte: Martin Grüter übernimmt die Leitung der Wasserwirtschaft.

Projekte: Einführung des JobRads, Girls'/Boys' Day, Organisationsuntersuchung im Kommunalen Integrationszentrum.

Gleichstellungsstelle: Informationen zu Fortbildungen gegen sexuelle Belästigung, Treffen mit Eltern in Elternzeit und zukünftige Formate zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Haushaltsentwicklung: Für 2025 werden keine erheblichen Abweichungen im Personalhaushalt erwartet.

Bauen - Verkehr - Wirtschaft

Thema war der GrenzInfoPunkt EUREGIO, der grenzüberschreitend tätige Bürgerinnen und Bürger zu Fragen rund um Arbeit, Wohnen und Sozialversicherung informiert. Die Verwaltung hob die Bedeutung dieses Angebots für die Vernetzung in der Grenzregion hervor.

Der Sachstand zu den Bürgerbussen zeigte: Das Angebot wird weiterhin gut angenommen. Um den öffentlichen Nahverkehr auch in ländlichen Bereichen langfristig zu sichern, ist eine Weiterentwicklung notwendig.

Für Emsdetten wurde der Ersatzneubau einer Brücke über den Mühlenbach (K 53) angekündigt. Die Maßnahme ist aufgrund des baulichen Zustands des bestehenden Bauwerks erforderlich und soll die Verkehrssicherheit in der Region gewährleisten.

Im Rahmen eines Sachstandsberichts wurden zudem der Zustand und die In-

standhaltung von Ingenieurbauwerken im Kreis thematisiert. Der Kreis kommt hier seiner Verantwortung für die Infrastruktur systematisch nach.

Mit Blick auf die Elektromobilität wurde deutlich: Der Ausbau der Ladeinfrastruktur im Kreis schreitet voran. Eine aktuelle Karte gibt einen umfassenden Überblick über die vorhandenen Ladesäulen im gesamten Kreisgebiet.

Ein weiterer Punkt betraf die Schule an der Ems in Greven. Der Kreis plant eine Zusatzvereinbarung zum Mietvertrag, um künftige Kosten für notwendige Sanierungen abzusichern.

Zum Abschluss gab die Verwaltung einen Rück- und Ausblick zur Wohnraumförderung – mit konkreten Förderzahlen für 2024 und Perspektiven für das laufende Jahr.

Die Sitzung verdeutlichte einmal mehr das Engagement des Kreises für nachhaltige Mobilität, Bildung und Lebensqualität.

Schule - Kultur - Sport

Förderschulen, Europe Direct und Ganztagsbetreuung waren Fokus der Tagesordnung. Zentrales Thema ist die geplante Erweiterung der Don-Bosco-Schule in Recke, einer Förderschule für geistige Entwicklung. Angesichts steigender Schülerzahlen plant der Träger, der Caritasverband Tecklenburger Land e.V., einen Neubau mit zusätzlichen Klassenräumen und einem neuen Therapiebad. Der Neubau ist günstiger als eine Generalsanierung. Der Kreis Steinfurt will sich mit insgesamt rund 11,5 Mio. Euro an den Kosten beteiligen.

Zudem stehen neue Zuschussverträge mit allen Ersatzschulträgern von Förderschulen im Kreis zur Entscheidung. Diese sichern künftig eine vollständige Übernahme der sog. Eigenleistung durch den Kreis und berücksichtigen auch steigende Betriebskosten.

Ein weiterer Tagesordnungspunkt ist die Bewerbung des Kreises für die neue Förderperiode des Europe-Direct-Informationszentrums 2026–2030. Ziel ist die Fortsetzung der erfolgreichen europäischen Bildungs- und Dialogarbeit im ländlichen Raum. Schließlich informiert die Verwaltung über den Stand zur Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung ab 2026. Eine Kooperationsvereinbarung mit den Kommunen liegt vor.

NACHTRAG AUS DEM KREISTAG

In seiner Sitzung musste der Kreistag über eine Reihe von Themen entscheiden, die in den Ausschüssen mit Beratungsbedarf verhandelt worden waren.

Kommunales Integrationszentrum:

Der Kreistag hat abschließend den Bericht zur Kenntnis genommen und ist dem Vorschlag der Verwaltung gefolgt, eine tieferegreifende nachgelagerte Untersuchung zur Optimierung der Strukturen und Prozessen im Integrationsmanagement durchzuführen.

Mobile Feldküche:

Der Anschaffung wurde letztendlich zugestimmt. Maßgebliche Entscheidungsgründe waren, dass die Küche andernfalls erst 2027 geliefert worden wäre und eine erhebliche Verteuerung der Kosten bis dahin nicht auszuschließen war. Die Fraktion hat die Entscheidung mitgetragen.

Gale-Shapley Verfahren zur Vergabe von Kindergartenplätzen

Entgegen der Empfehlung des Jugendhilfeausschusses wird das Verfahren nicht fortgeführt, da ein nennenswerter qualitativer Vorteil gegenüber der herkömmlichen Vergabe nicht zu erkennen ist. Außerdem kann das Verfahren nur dann in einer Gemeinde angewendet werden, wenn alle Träger einverstanden sind. Dies erscheint nicht gesichert.



Don-Bosco-Schule

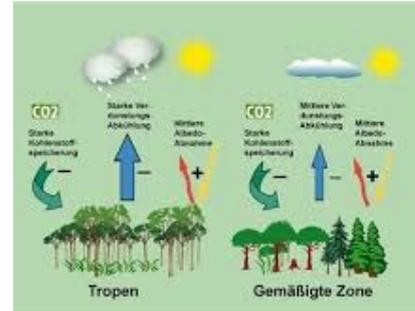
Für das Leben lernen –
mit Kopf, Hand und Herz!



Landwirtschaft

Der Ausschuss ist erneut ausgefallen. Begründung: Keine erörterungswürdigen Themen. Offensichtlich sind die Anliegen der Landwirtschaft weder den großen Fraktionen noch der Verwaltung noch dem Ausschussvorsitzenden und seinem Stellvertreter wichtig genug, Sitzungen in einem eigenen Ausschuss dafür durchzuführen.

Die FDP-Kreistagsfraktion teilt diese Ansicht ausdrücklich nicht. Daher wird sie sich in der neuen Wahlperiode dafür einsetzen, dass die zusammenhängenden Bereiche Umwelt, Natur, Landwirtschaft und Forsten wieder in einem Ausschuss zusammengefasst werden. Landschaftsplanung ohne Einbeziehung der Landwirte ist fundiert nicht möglich. Weder die Fließgewässerplanung noch die Planung für neue Stromtrassen im Bereich der Energieversorgung, weder Aufforstungsplanung noch Moorvernässung gehen ohne das Zutun unserer Landwirte. Die FDP-Kreistagsfraktion betrachtet die maßgeblich von Bündnis 90 / Die Grünen zu Beginn der letzten Wahlperiode durchgesetzte Abtrennung dieser Themen aus diesem Ausschuss als gescheitert.



Gesundheit und Bevölkerungsschutz

Im Zentrum der Sitzung: Die Diskussion um die außerplanmäßige Anschaffung einer mobilen Feldküche für 200.000,- Euro. Die Verwaltung sieht dies als erforderlich zur Stärkung der Zivilen Verteidigungsvorsorge zur Sicherung der Ernährungsversorgung der Bürger im Großschadensfall. Die Fraktion zeigte sich dabei sehr zurückhaltend in der Bewertung und legte einen umfangreichen Fragenkatalog vor, der zunächst durch die Verwaltung beantwortet werden muss. Inhalt: Wie ist die bereits vorhande-

ne Struktur? Welche Möglichkeiten haben wir bereits? Gibt es alternative Finanzierungsformen und gibt es kleinere dezentrale Lösungen? Auch die anderen Fraktionen hatten ähnliche Fragen, die CDU Fraktion zeigt sich noch uneinheitlich. Unsere Position als Fraktion: Die Notwendigkeit und Verhältnismäßigkeit einer solchen Investition kritisch zu prüfen – gerade dann, wenn Mittel außerhalb des regulären Haushaltsplans eingesetzt werden sollen.

Weitere Beratungspunkte: Der Antrag des ASB Münster auf Finanzierungszuschuss zum Hebammennetzwerk. Der Antrag wurde abgelehnt, weil die Kosten-/Nutzen-Relation für Schwangere nicht ausreichend gegeben ist.

Die Haushaltsentwicklung zeigt keine wesentliche Abweichung in den Aufgabengebieten des Gesundheitsamts und des Amtes für Bevölkerungsschutz. Die Etatpläne werden eingehalten.

Umwelt - Klima - Naturschutz - Energie

Erstes Thema: Entwicklung einer nachhaltigen Waldstrategie mit dem Ziel, den heimischen Wald an den Klimawandel anzupassen, die biologische Vielfalt zu fördern und die Multifunktionalität des Waldes zu sichern. Einen Antrag gleichen Inhalts auf der Basis von wissenschaftlichen Untersuchungen der Eidgenössischen Technischen Hochschule in Zürich hatte die FDP bereits 2019 eingebracht. Damals war er nicht mehrheitsfähig. Jetzt wurde die Verwaltung beauftragt, ein entsprechendes Konzept zu entwickeln.

Im zweiten Schwerpunkt beschloss der Ausschuss einen Grundsatzbeschluss zur Gewährung von Zuschüssen zur Bisam- und Nutriabekämpfung. Beide Arten stellen eine wachsende Bedrohung für Deiche, Uferböschungen und wasserbauliche Anlagen dar. Die seit Jahren bestehende Förderung der Bekämpfung wird jetzt verstetigt, damit darüber nicht jedes Jahr neu entschieden werden muss.

Ein weiterer Antrag zur Entwicklung eines umfassenden Hochwasserschutzkonzepts schafft die Basis für Planungen zur Starkre-

gen- und Hochwasserereignisse. Der Kreis soll künftig mit integrierten Schutzmaßnahmen, verbesserter Datenlage und interkommunaler Zusammenarbeit gezielter auf solche Bedrohungslagen reagieren können.

Abschließend zog die Verwaltung eine Bilanz der fünfjährigen Wasserstoffkoordination im Kreis. Durch die enge Zusammenarbeit mit Wirtschaft, Forschung und Kommunen wurden erste Bausteine einer regionalen Wasserstoffwirtschaft gelegt.

Arbeit - Soziales - Pflege - Integration



Kernpunkt im Ausschuss und im Kreistag war der vorgelegte Bericht zum Kommunalen Integrationszentrum. Die Beschlussfassung dazu war speziell von den privaten Initiativen und Verbänden mit einem massiven Störfeuer an Vermutungen und Unterstellungen begleitet worden, die eine Auflösung des KI als Ziel vermuteten. Diese Sichtweise hatten sich auch die politi-

schen Mitbewerber aus dem linken Spektrum zu Eigen gemacht. Am Ende hat der Bericht genau das bestätigt, was von den Initiatoren aus CDU, FDP und UWG vermutet worden war: Speziell beim Integrationsmanagement gibt es Schnittstellenprobleme. Auslöser sind nicht oder nur in untergeordneter Zahl organisatorische Unschärfen in der Kreisverwaltung, sondern nicht stringent zielführende Organisationsvorgaben des Landes NRW. Gleichzeitig hat die aktuell deutliche Veränderung der Förderlandschaft durch das Land dazu

geführt, dass Teilprogramme eingestellt werden müssen, vakante Stellen nicht nachbesetzt zu werden brauchen, weil Fördergebiete nicht mehr bedient werden müssen oder massiv reduziert wurden. Dies hat auch Folgen für den Overhead: Auch hier kann personell reduziert und gespart werden. Als Folge stehen 1,75 Stellen zur Disposition. Im Anschluss wird eine nähere und tiefergehende Organisationsuntersuchung im Integrationsmanagement diese Defizite analysieren.